

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 1. —

(No. 908.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 23ten Dezember 1824., wegen Ernennung des wirklichen Geheimen Ober-Regierungsraths und General-Handelskommissarius Kunth zum Mitgliede des Staatsraths.

Ich will auf Ihren Vorschlag vom 17ten d. M. den wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath und General-Handelskommissarius Kunth zum Mitgliede des Staatsraths ernennen, und ihn an die Stelle des Geheimen Ober-Finanzraths von Beguelin der Abtheilung für Gewerbe und Handel beordnen.

Berlin, den 23ten Dezember 1824.

Friedrich Wilhelm.

An

den Staatsminister Grafen von Bülow.

(No. 909.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 28sten Dezember 1824., über einige nähere die Zensur betreffende Bestimmungen.

Auf Ihren gemeinschaftlichen Bericht vom 30sten November d. J. bestimme Ich im Verfolg Meiner das Zensur-Edikt betreffenden Order an das Staatsministerium vom 18ten September d. J.:

- 1) daß die in dem Reskript vom 26sten April 1794. enthaltene Bestimmung, vermöge deren der Druck derjenigen Schriften nicht gestattet seyn soll, die entweder den Grund aller Religion überhaupt angreifen, und die wichtigsten Wahrheiten derselben verdächtig, verächtlich oder lächerlich machen wollen, oder aber die christliche Religion, die biblischen Schriften und die darin vorgetragenen Geschichts- und positiven Glaubens-Wahrheiten für das Volk zum Gegenstande des Zweifels oder gar des Spottes zu machen, sich unterfangen, und dadurch zugleich alle Religiosität in den Grundfesten erschüttern, als in den 1ten Artikel der Verordnung vom 18ten Oktober 1819. ausdrücklich aufgenommen angesehen und fernerhin aufrecht erhalten und befolgt werden soll. Ich will zugleich, daß auch in Ansehung der, für einen engern Kreis von Lesern oder nur für Gelehrte bestimmten Werke alle unanständige, lieblose, zur Vertheidigung der eigenen oder ruhigen Widerlegung entgegen gesetzter Meinungen nicht unmittelbar gehörenden, verkehrten Angriffe auf andere Glaubens-Partheien schlechthin vermieden und nicht gestattet werden sollen.
Eben so wenig sollen
- 2) Schriften, welche zur Kränkung der persönlichen Ehre und des guten Namens anderer abzielen, die Druckerlaubniß erhalten, und die hierüber im ältern Zensurgesetz vom 19ten Dezember 1788. S. 2. enthaltene Vorschrift soll als dem Art. II. der Verordnung vom 18ten Oktober 1819. einverleibt, angenommen werden.
Soviel
- 3) die Entschädigung des Verlegers wegen der, unter Zensur erschienenen, aber dennoch unterdrückten oder verbotenen und konfiszierten, Schriften betrifft; so versteht es sich von selbst, daß diejenige Behörde, welche innerhalb der Grenzen ihrer Kompetenz, eine solche Schrift ihres unzulässigen Inhalts wegen unterdrückt oder sonst außer Cours setzt, von dem Verleger niemals in Anspruch genommen, sondern daß dieser ledglich gegen den Zensor, und zwar zunächst an ihn, und nur bei dessen Zahlungsunfähigkeit oder, wenn derselbe den Zensurvorschriften völlig genügt haben sollte, gegen den Fiskus nach nähern Bestimmungen der Gesetze zugelassen werden kann.

Dem=

Demnächst bestimme Ich mit Abänderung des XVten Artikels der Verordnung vom 18ten Oktober 1819.

- 4) daß mit dem 1sten Januar 1825. die Entrichtung der Zensurgebühren aus Staatskassen aufhören und dagegen, wie dies früher der Fall war, von dem Verleger oder Buchdrucker, und zwar mit drei Silbergroschen für jeden gedruckten Bogen, geleistet werden, auch
- 5) von eben dem Zeitpunkte an jeder Verleger wiederum schuldig seyn soll, zwei Exemplare jedes seiner Verlagsartikel, und zwar eins an die große Bibliothek hieselbst, das andere aber an die Bibliothek der Universität derjenigen Provinz, in welcher der Verleger wohnt, unentgeltlich einzusenden. Bei der Verpflichtung zur Abgabe eines Exemplars an den Zensor hat es sein Verbleiben.
- 6) Einheimische Buchhändler, die zugleich im Auslande Buchhandlungen besitzen, dürfen zwar die Verlagsartikel der letztern nur der dortigen Zensur unterwerfen, der Absatz solcher Artikel in den diesseitigen Staaten aber kann nicht anders gestattet werden, als wenn zuvor auch den Vorschriften des diesseitigen Zensurgesetzes ein Genüge geschehen ist.

Ich beauftrage Sie, diese Bestimmungen durch den Abdruck in der Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und auf deren Befolgung zu halten.

Berlin, den 28sten Dezember 1824.

Friedrich Wilhelm.

An

die Staatsminister Frhn. v. Altenstein,
v. Schuckmann und Grafen v. Bernstorff.

(No. 910.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 28ten Dezember 1824., wegen Gleichstellung der zweirädrigen Wagen in den westphälischen und rheinischen Provinzen mit den gewöhnlichen Frachtwagen; bezüglich auf den Chausseegeld-Tarif vom 15ten August d. J.

Auf Ihren Bericht vom 17ten d. M. bestimme Ich hiermit, daß in den westphälischen und rheinischen Provinzen von dem Satz No. 3. des Chaussee-Geld-Tarifs vom 15ten August d. J. alle zweirädrige Wagen ohne Unterschied ausgeschlossen bleiben und den Frachtwagen gleich geachtet werden müssen, mithin, wenn die äußerste Fläche der Radesfelgen unter 6 Zoll Breite beträgt, das Chausseegeld nach den Sätzen No. 1. Litt. b., bei einer Felgenbreite von 6 Zoll und darüber, nach dem daselbst bestimmten minderen Satz zu erlegen ist. Sie haben dieserhalb die erforderliche Bekanntmachung zu veranlassen.

Berlin, den 28ten Dezember 1824.

Friedrich Wilhelm.

An
den Staatsminister Grafen von Bülow.
